



Nr. 476 | 11.02.2026

Russland-Analysen

- Repressierte Diaspora
- Verhandlungen

■ ANALYSE

- Das Schweigen nach der Ausreise: Warum die neuen russischen Migranten sich nicht mobilisieren 2
Liudmila Listrovaya (Weiser Center for Europe and Eurasia (WCEE), Universität Michigan)

■ DOKUMENTATION

- Transnationale Repression durch Russland 6

■ DOKUMENTATION

- Die russisch-ukrainischen Verhandlungen in Abu Dhabi im Februar 2026 8

■ CHRONIK

- Hinweis auf die Online-Chronik 14

Das Schweigen nach der Ausreise: Warum die neuen russischen Migranten sich nicht mobilisieren

Liudmila Listrovaya (Weiser Center for Europe and Eurasia (WCEE), Universität Michigan)

DOI: 10.31205/RA.476.01

Zusammenfassung

Seit Russlands groß angelegter Invasion der Ukraine im Februar 2022 sind fast eine Million Russen ins Ausland geflohen. Obwohl sie typischerweise ein Profil aufweisen, das mit hohem politischem Aktivismus gleichgesetzt wird, und entschiedene Antikriegseinstellungen vertreten, haben sich diese neuen Migranten noch nicht zu einer bedeutenden politischen Kraft zusammengeschlossen. Diese Analyse untersucht, wie die extraterritoriale Ausbreitung des Autoritarismus das politische Schweigen dieser Migranten erzwingt. Ich zeige, dass der Mangel an sichtbarem politischem Aktivismus der Migranten im Ausland eine kalkulierte, strategische Reaktion auf relationale und kontextuelle Zwänge ist, die mit dem transnationalen Autoritarismus Russlands verbunden sind.

1. Das Paradox der »Relokanty«

Der Exodus russischer Staatsbürger nach der Invasion der Ukraine im Februar 2022 und der anschließenden »Teilmobilisierung« im September stellt einen beispiellosen Verlust an Humankapital in der modernen russischen Geschichte dar. Diese Welle besteht nicht nur aus Einzelpersonen, sondern aus einer bestimmten sozialen Schicht, die oft als *Relokanty* bezeichnet wird. Aus soziologischer Sicht verfügen diese Migranten über eine hohe »biographical availability« [Verfügbarkeit durch fehlende Lebenszwänge ist vorhanden – Anm. d. Red.] – ein Profil, das in der Regel gleichbedeutend mit hohem politischem Aktivismus ist. Sie sind überproportional jung, urban und technikaffin; sie sind deutlich besser ausgebildet und wirtschaftlich widerstandsfähiger als der durchschnittliche russische Bürger (Outrush 2024). Am wichtigsten ist jedoch, dass sie sich überwiegend durch ihre Opposition gegen den Kreml und den Krieg auszeichnen und sie besitzen genau die liberalen Werte, die der russische Staat im Inland zu beseitigen versucht hat.

Als dieser Exodus begann, erwarteten viele Beobachter und Aufnahmegesellschaften die Entstehung eines mächtigen »Russlands im Ausland«: einer Diaspora, die ihre neu gewonnene Sicherheit nutzen würde, um das autoritäre Regime Russlands von außen herauszufordern. Historisch gesehen war ein solcher politischer Aktivismus der Diaspora ein Eckpfeiler von Widerstandsbewegungen. Nun, da der vollumfängliche Krieg Russlands in sein fünftes Jahr geht, hat sich jedoch ein auffälliger Widerspruch herauskristallisiert. Während diese Diaspora sich sehr aktiv für gegenseitige Hilfe und humanitäre Unterstützung für andere Exilanten einsetzt, bleibt ihre öffentliche politische Mobilisierung zurückhaltend. Der erwartete Widerspruch gegenüber dem russischen Staat – in Form von Massenprotesten, koordinierten Social-Media-Kampagnen oder organisierten Opposi-

tionsbewegungen – ist weitgehend nicht in einer nachhaltigen, kollektiven Weise zustande gekommen.

Diese Analyse untersucht, warum diese Migranten, obwohl sie in einem demokratisch toleranten Umfeld leben, einen Weg der strategischen Vermeidung statt des Aktivismus wählen. Um dies zu verstehen, müssen wir über die einfache Dichotomie von Unterdrückung und Freiheit hinausblicken. Stattdessen können wir den »langen Arm« des russischen Staates, der seine Macht über die Grenzen hinweg durch drei verschiedene soziale Sphären ausübt, wie folgt darstellen: Er wirkt auf die Rolle des Migranten als russischer Staatsbürger, als Familienmitglied und als prekärer Einwohner in einem Aufnahmeland.

2. Der lange Arm des Staates: extraterritoriale Ausbreitung

Um dieses Schweigen zu verstehen, müssen wir über den traditionellen Rahmen von »Exit, Voice und Loyalty« hinausblicken, auf den Sozialwissenschaftler so oft Bezug nehmen. In der klassischen politischen Theorie gewinnen Bürger, wenn sie aus einem repressiven System »austreten«, die »Stimme«, um es zu kritisieren. Bei der neuen russischen Diaspora ist es dem russischen Staat jedoch gelungen, seine autoritären Zwänge durch die *extraterritoriale Ausbreitung des Autoritarismus* zu exportieren.

Die extraterritoriale Ausbreitung manifestiert sich nicht immer in Form von hochkarätigen Attentaten oder Entführungen, über die die Medien schnell berichten, wie beispielsweise die Ermordung des saudischen Dissidenten Jamal Khashoggi in einem Konsulat in Istanbul im Jahr 2018 oder die Vergiftung von Sergej und Julia Skripal im Vereinigten Königreich im selben Jahr. Vielmehr wirkt er durch diffuse und nicht zielgerichtete Effekte, die ein ständiges Gefühl der Unruhe und Unsi-

cherheit erzeugen. Wenn wir die drei oben genannten Rollen untersuchen, die die russischen Migranten nach 2022 einnehmen, sehen wir, dass Landesgrenzen keinen klaren Bruch mit dem Autoritarismus darstellen. Stattdessen gelingt es dem russischen Staat, seine Zwänge zu exportieren und etwas zu schaffen, was ich als »Schweigen nach der Ausreise« bezeichne. Dies ist kein Zeichen von Apathie, sondern eine aktive, kalkulierte Reaktion auf ein Regime, das die rechtliche, emotionale und physische Sicherheit seiner Untertanen auch nach deren physischer Ausreise aus dem Staatsgebiet weiterhin bedroht.

a) Die Rolle des Bürgers: Verbrechen und Strafe

Migranten sind sich nach wie vor sehr bewusst, dass das russische Rechtssystem durch die Einführung drakonischer Anklagen wie »Diskreditierung der Streitkräfte«, »Verbreitung falscher Informationen« und »Unterstützung extremistischer Organisationen« zu einer Waffe gemacht wurde. Diese Gesetze sind speziell darauf ausgerichtet, eine »lange Hand« der Kontrolle aufrechtzuerhalten, da sie für russische Staatsbürger unabhängig von ihrem geografischen Standort gelten. Die Sichtbarkeit extremer Haftstrafen – zwischen sechs und fünfundzwanzig Jahren für gewöhnliche Bürger – wirkt als starkes Abschreckungsmittel (Amnesty International 2025; Memorial 2025). Dies schafft ein psychologisches Umfeld, in dem die wahrgenommenen Kosten für den eigenen Widerspruch unerschwinglich hoch sind. Das Ergebnis ist ein kalkulierter Rückzug aus dem politischen Handeln; selbst in der Sicherheit eines Aufnahmelandes verzichten viele *Relokanty* darauf, sich an Protesten zu beteiligen, Petitionen zu unterzeichnen oder Ein-Mann-Demonstrationen zu organisieren, aus Angst vor den rechtlichen Konsequenzen, sollten sie jemals zurückkehren müssen.

Während soziale Medien einst als befreiender Raum für die Stimme der Diaspora angesehen wurden, zeigen Untersuchungen nun, dass viele Migranten digitalen Aktivismus als strategische Falle betrachten. Sie sind sich der unauslöschlichen digitalen Spuren, die sie hinterlassen, sehr bewusst. Die Angst, dass ein jahrealter Like, ein Repost oder eine kleine Spende von den Sicherheitsdiensten entdeckt werden könnte, wirkt als primäres Hindernis für ein Engagement.

Diese Angst wird durch die Realität der russischen Grenzverfahren noch verstärkt. Es ist mittlerweile gängige Praxis, dass zurückkehrende Bürger befragt, festgenommen und gezwungen werden, ihre Mobilgeräte zur Überprüfung vorzulegen. Jede Vorgeschichte politischer Kommentare oder Unterstützung für »unerwünschte« Organisationen erhöht das Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung erheblich. Infolgedessen hat sich die digitale Aktivität der Diaspora von öffentlichkeitswirksamen politischen Herausforderungen zu eher privaten Kanä-

len der gegenseitigen Hilfe verlagert. Migranten nutzen kleine, verschlüsselte Chats für logistische Unterstützung und das Überleben der Community, vermeiden jedoch weitgehend öffentlich sichtbaren politischen Aktivismus im Internet. Diese Strategie gewährleistet zwar die Sicherheit und das Überleben der Community, versäumt es jedoch, die Narrative des Kremls auf sinnvolle, öffentlich sichtbare Weise in Frage zu stellen.

b) Der private Bereich: Die Familie bewahren

Die vielleicht schmerzhafteste Einschränkung des politischen Engagements findet im privaten Bereich der familiären Beziehungen statt. In vielen russischen Familien hat sich eine tiefe ideologische Kluft aufgetan, die oft durch ihre primären Informationsquellen verursacht wird. Während Migranten in der Regel auf unabhängige digitale Medien und soziale Netzwerke zurückgreifen, sind ihre in Russland lebenden Eltern und Großeltern oft stark von den Narrativen des staatlich kontrollierten Fernsehens beeinflusst. Diese Divergenz führt zu einer Situation, in der Familien in zwei sich gegenseitig ausschließenden Realitäten leben, was einen sinnvollen politischen Dialog nahezu unmöglich macht.

In diesem Zusammenhang ist Schweigen kein Zeichen von Apathie, sondern eine aktive Schutzmaßnahme, eine Form des strategischen Schweigens, um die letzten Brücken zu ihrem früheren Leben zu erhalten. Für viele *Relokanty* ist die Entscheidung zu schweigen das Ergebnis intensiver emotionaler Anstrengungen. Interviews zeigen, dass das Vermeiden politischer oder auch nur »politiknaher« Themen zu einer Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Familienkontakts geworden ist. Wenn diese Grenzen überschritten werden, sind die Folgen oft explosiv. Migranten berichten, dass sie als »Sorosjata« (ein abwertender Begriff, der impliziert, dass sie Marionetten westlicher liberaler Interessen sind) bezeichnet oder beschuldigt werden, »das Vaterland verraten« und ihre militärischen Pflichten verletzt zu haben.

Der Druck wird durch die psychologische Verzerrung durch Propaganda noch verstärkt. Viele Verwandte in Russland bestehen darauf, dass »nichts Schlimmes passiert« und dass ihre Kinder nach Hause zurückkehren sollten, und ignorieren dabei die Realität der Unterdrückung und Mobilisierung. In extremen Fällen führen diese ideologischen Gräben dazu, dass Eltern ihre Kinder offen verleugnen oder die Kommunikation über Jahre hinweg vollständig einstellen.

Wenn politische Meinungsäußerungen durch Migranten sogar in der Intimität eines Telefonats zwischen Mutter und Sohn unterdrückt werden, wird die Möglichkeit einer breiteren öffentlichen Mobilisierung effektiv neutralisiert. Der »lange Arm« des russischen Staates reicht somit bis in die privatesten Bereiche hinein und fragmentiert die primären sozialen Bindungen der

Diaspora. Indem das Regime Familienmitglieder zu Vollstreckern staatlicher Narrative macht, sorgt es dafür, dass die Kosten des Widerspruchs selbst für diejenigen, die physisch aus seinem Territorium geflohen sind, unerschwinglich hoch bleiben.

c) Leben in der Schwebe: Die Erfahrung als Migrant im Ausland

Die dritte Säule der politischen Nichtbeteiligung ist die inhärente Unsicherheit des Lebens im Gastland. Viele russische Migranten leben in einem Zustand »eingefrorener Identität« – einer psychologischen und rechtlichen Schwebe, in der sie nicht in der Lage sind, für die Zukunft zu planen, da sie nicht wissen, ob ihr Aufenthalt Monate oder Jahrzehnte dauern wird. Dieser Mangel an langfristiger Rechtssicherheit, wie beispielsweise einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung oder einem klaren Weg zur Staatsbürgerschaft, hält Migranten in einem Zustand permanenter Verletzlichkeit.

In diesem Zustand der Ungewissheit verlagert sich der Fokus von politischer Meinungsäußerung hin zu grundlegender individueller Stabilität. Die immense kognitive und physische Energie, die erforderlich ist, um bürokratische Hürden zu überwinden (einen Arbeitsplatz zu finden, ein Bankkonto in einem Klima hoher Regelkonformität zu eröffnen und Aufenthaltsdokumente zu erhalten), lässt wenig Raum für das nachhaltige Engagement, das für politische Organisation erforderlich ist. Für die Mehrheit der *Relokanty* verdrängt die durch ihren Migrantensstatus bedingte Überlebensmentalität effektiv die Rolle des Aktivisten, was im Allgemeinen auch für viele andere Diasporagemeinschaften gilt.

Darüber hinaus spielen das politische Regime des Aufnahmelandes und dessen Beziehung zum Kreml eine entscheidende Rolle bei der Unterdrückung der Stimme der Diaspora. Es gibt eine klare geografische und politische Kluft in der Mobilisierungsfähigkeit der Diaspora. Warum agieren die meisten prominenten russischen Oppositionspolitiker, Aktivisten und im Exil lebenden Menschenrechtsorganisationen heute von Deutschland aus und nicht von Georgien oder Kasachstan? Deutschland und andere westliche EU-Staaten bieten einen schützenden Rahmen: Sie kooperieren in der Regel nicht mit russischen Sicherheitskräften, lassen Anti-Kriegs-Journalisten frei arbeiten und erlauben keine Rückführung politischer Dissidenten.

Im Gegensatz dazu befinden sich viele andere Länder, in denen die größte Konzentration russischer Migranten zu finden ist – darunter Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Georgien, Serbien und die Türkei – in einem eher zweideutigen oder ausgrenzenden politischen Raum. Diese Staaten unterhalten oft Sicherheitskooperationen oder gegenseitige Auslieferungsabkommen mit der Russischen Föderation. Für Migranten in diesen Regio-

nen ist der Selbsterhaltungstrieb ein rationales Abschreckungsmittel. Jüngste Fälle von Schikanen, Inhaftierungen und Auslieferungen sind deutliche Warnsignale dafür, dass der »lange Arm« des russischen Staates in illiberalen Staaten besonders wirksam ist (Coalson 2023; Burakova 2025).

3. Fazit: Die Zukunft der »stillen« Diaspora

Das »Schweigen nach der Ausreise«, das unter der neuen russischen Diaspora zu beobachten ist, ist weder ein Zeichen der Unterstützung für das Regime noch ein Zeichen allgemeiner politischer Apathie. Es ist eine rationale, kalkulierte Reaktion auf ein System extraterritorialer Autorität, das Menschen bestrafen und die sozialen Bindungen der Migranten zerstören kann. Indem er ihre Identität als Bürger, ihre Pflichten als Familienmitglieder und ihren prekären Einwandererstatus ins Visier nimmt, ist es dem russischen Staat gelungen, seine lautstärksten Kritiker zum Schweigen zu bringen, selbst nachdem sie seine Grenzen verlassen haben.

Diese Situation wird durch den ausgrenzenden populistischen Diskurs in mehreren EU-Staaten noch verschärft, die ihre Grenzen für Russen physisch geschlossen haben, Visumsanträge – einschließlich humanitärer und Asylanträge – ablehnen und nun versuchen, das Recht auf Beantragung von Mehrfach-Schengen-Visa für ungültig zu erklären (Walker 2025). Es ist wichtig zu erkennen, dass diese restriktiven Maßnahmen diejenigen unverhältnismäßig stark benachteiligen, die nicht über das finanzielle Kapital verfügen, um sich durch Investitionsprogramme, die Immatrikulation an Eliteuniversitäten oder den Erwerb von Immobilien den Weg in den Westen zu »erkaufen«. Genau diese Personen mussten oft kurzfristig fliehen und verfügen über das größte Potenzial für demokratisches Engagement. Solche ausgrenzenden Maßnahmen führen zu einer tiefgreifenden Asymmetrie der Mobilität: Sie halten die schutzbedürftigsten Kritiker des Regimes gefangen, während sie denen, die über das nötige Vermögen verfügen, um die üblichen Visabestimmungen und umfassendere Wirtschaftssanktionen zu umgehen, die Türen offen lassen.

Im krassen Gegensatz dazu bleibt ein bedeutender Teil der kriegsbefürwortenden Elite weitgehend unberührt. Dazu gehören die Kinder von Parlamentariern, die für militärische Aggressionen und repressive Gesetze gestimmt haben, sowie Medienpersönlichkeiten, Sportler und Militärinvestoren, die sich offen für die territoriale Expansion aussprechen. Während der durchschnittliche Migrant, der gegen das Regime ist, in einer rechtlichen Grauzone gefangen ist, nutzen diese Mitglieder der reichen Elite weiterhin bestehende Genehmigungen für Freizeit- und Shopping-Reisen in europäische Hauptstädte. Anstatt pauschale Verbote zu verhängen,

die unbeabsichtigt die demokratischsten Teile der Diaspora bestrafen, sollten internationale Entscheidungsträger die Bewegungsprivilegien derjenigen Personen überdenken, die militärische Aggressionen und legalen Revanchismus aktiv unterstützen. Die Einstufung aller Russen im Ausland als »gefährliche Migrantengruppe« ist ein strategisch fehlerhafter Ansatz, der den Interessen des Kremls dient. Er bestätigt die staatliche Darstellung eines »russophoben Westens« und signalisiert Dissidenten, dass sie außerhalb der Grenzen Russlands keine Verbündeten haben, wodurch ihre Isolation noch verstärkt wird.

Zwar beginnen die europäischen Institutionen, dieses Potenzial zu erkennen. Die Schaffung der Plattform für den Dialog mit den demokratischen Kräften Russlands in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) Anfang 2026 ist ein entscheidender Schritt zur Institutionalisierung der Stimme der Exilgemeinde. Eine hochrangige politische Vertretung in Straßburg hat jedoch wenig Bedeutung, wenn die einfachen Aktivisten, die diese Vertreter unterstützen, nicht in die EU einreisen oder ihre Aufenthaltsgenehmigung

verlängern können – Bedingungen, die es ihnen ermöglichen, zu leben, zu arbeiten, zu reisen und ihre tägliche Organisations-, Lobby- und Medienarbeit von den wenigen Orten aus fortzusetzen, an denen solche Aktivitäten noch möglich sind. Die symbolische Anerkennung muss mit rechtlichen Maßnahmen einhergehen, die demokratische Solidarität nicht nur erklären, sondern auch umsetzen.

Für die Aufnahmegesellschaften reicht es nicht aus, allgemeine Erklärungen zur Meinungsfreiheit abzugeben, um eine pro-demokratische Diaspora zu fördern. Um das Schweigen zu brechen, müssen die strukturellen, psychologischen und rechtlichen Belastungen, denen Migranten ausgesetzt sind, angegangen werden. Vor allem müssen die Aufnahmeländer glaubwürdige Schutzgarantien, Unterstützung bei der Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen und einen robusten Schutz vor Auslieferung bieten. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, werden die russischen Migranten eine stille Diaspora bleiben: physisch im Westen präsent, aber politisch abwesend im Ringen um die Zukunft Russlands.

Diese Analyse basiert auf Forschungsergebnissen, die ursprünglich in der Fachzeitschrift *Social Forces* veröffentlicht wurden. Die Autorin bittet darum beim wissenschaftlichen Zitieren auf die ursprüngliche Arbeit zu verweisen: Listrovaya, L. (2025). *Strategic non-engagement: new Russian political migrants and the effects of extraterritorial spillover of authoritarianism*, *Social Forces*, Volume 104, Issue 2, Pages 619–639, <https://doi.org/10.1093/sf/soaf076>.

Lesetipps:

- Amnesty International. (2025). "Russia 2024." Abgerufen am 30.01.2026 unter: <https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/eastern-europe-and-central-asia/russia/report-russia/>
- Burakova, A. (2025) "Exiled and at Risk." Friedrich Naumann Foundation for Freedom. Abgerufen am 27.01.2026 unter: <https://www.freiheit.org/sites/default/files/2025-12/exiled-and-at-risk.pdf>
- Coalson, R. (2023). "Anti-War Russians Abroad Fear Kremlin Covertly Pressuring Hosts To Send Them Back." Radio Free Europe. Abgerufen am 29.01.2026 unter: <https://www.rferl.org/a/russia-emigres-fear-host-countries-return/32531185.html>
- Hasan, M., & Ruud, A. E. (2025). The Long Reach of the Strong Arm: Evolving Forms of Transnational Authoritarianism
- Listrovaya, L. (2025). Strategic non-engagement: new Russian political migrants and the effects of extraterritorial spillover of authoritarianism, *Social Forces*, Volume 104, Issue 2, Pages 619–639, <https://doi.org/10.1093/sf/soaf076>
- Memorial. (2025). "Political Prisoners Support." Abgerufen am 29.01.2026 unter: <https://memopzk.org/en/>
- Outrush. (2025). Abgerufen am 29.02.2026 unter: <https://outrush.io/eng#results>
- Walker, S. (2025). "Putin opponents criticise EU ban on multi-entry visas for Russians." The Guardian. Abgerufen am 24.01.2026 unter: <https://www.theguardian.com/world/2025/nov/13/russia-eu-ban-multi-entry-visas-restrictions>

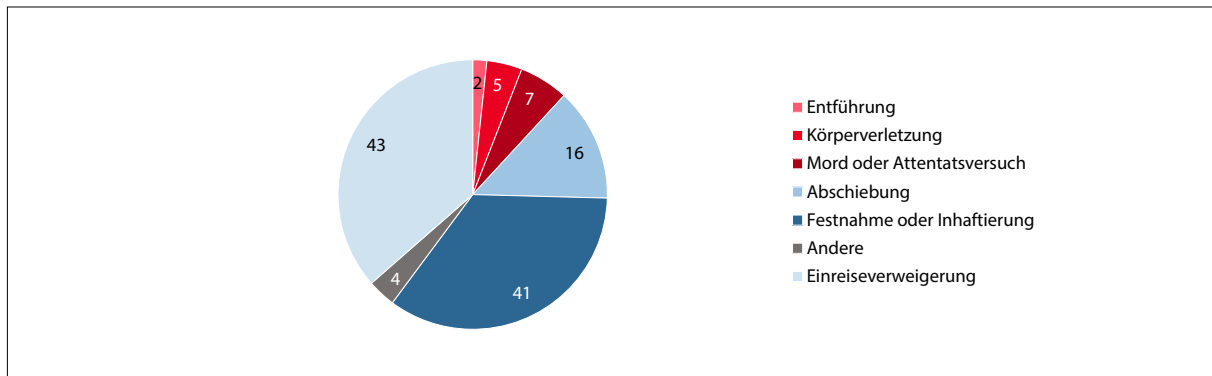
Über die Autorin

Dr. *Liudmila Listrovaya* ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin (Postdoc) am *Weiser Center for Europe and Eurasia* an der Universität von Michigan. In ihrer Forschung hat sie sich auf die Themen Migration, russischer Autoritarismus und Umweltgerechtigkeit spezialisiert.

DOKUMENTATION

Transnationale Repression durch Russland

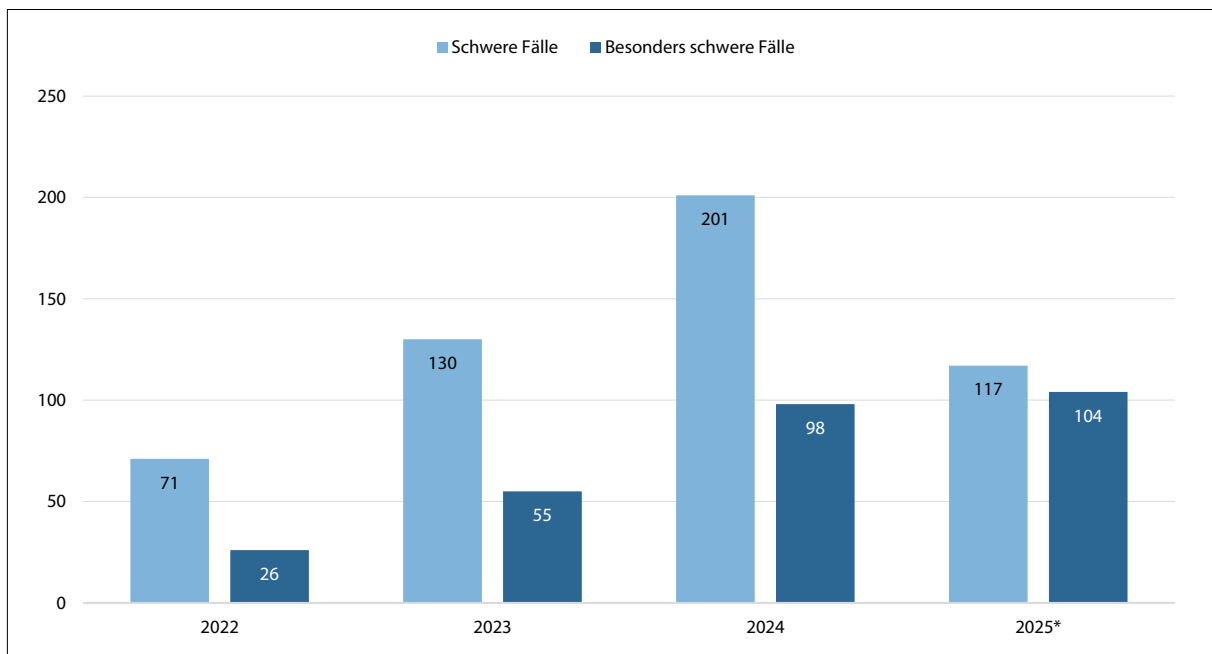
Grafik 1: Die häufigsten Arten transnationaler Repression
Anzahl der Fälle transnationaler Repression gegen russische Staatsbürger im Ausland, 2014 – 2025



Quelle: Collective Action Brussels Think Tank (CABT), OVD-Info, Vyvozhuk, Cedar:

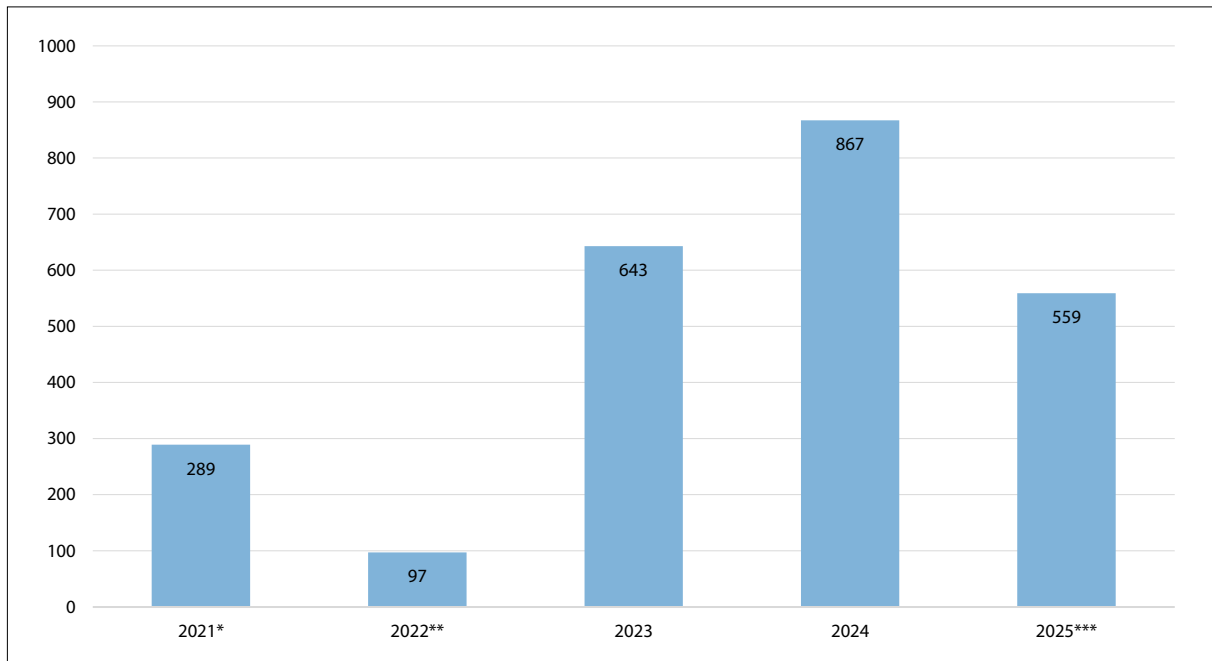
Transnational Repression by the Russian Federation: Threats, Tendencies, Solutions. Interim Report, 2025, OVD-Info, 14.05.2025, <https://reports.ovd.info/en/transnational-repression-russian-federation-threats-tendencies-solutions#1>.

Grafik 2: Anzahl der Verurteilungen in Abwesenheit für schwere Fälle und besonders schwere Fälle



* Januar bis Juni 2025

Quelle: OVD-Info: Wasn't caught but will be judged: anti-war activists put on trial in absentia, 20.03.2023, <https://ovd.info/en/wasnt-caught-will-be-judged-anti-war-activists-put-trial-absentia> und Alexej Karlin, Richter am Obersten Gericht der RF zitiert bei TASS: SF chotschet wnesti prawki w sakony na fone rosta tschis-la saotschnych prigoworow, 11.12.2025, <https://tass.ru/obschestvo/25888117>.

Grafik 3: Anzahl der Fälle, die in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt wurden

* Fälle für diverse Straftatbestände vs. 700.000 aller verhandelten Fälle.

** Bekannte Mindestzahl

*** Januar bis Juni 2025

Quelle: OVD-Info: Wasn't caught but will be judged: anti-war activists put on trial in absentia, 20.03.2023, <https://ovd.info/en/wasnt-caught-will-be-judged-anti-war-activists-put-trial-absentia> und Alexej Karlin, Richter am Obersten Gericht der RF zitiert bei TASS: SF chotschet wnesti prawki w sakony na fone rosta tschis-la saotschnych prigoworow, 11.12.2025, <https://tass.ru/obschestvo/25888117>.

Verschärfung der Gesetzgebung zu Abwesenheitsverfahren der Russischen Föderation 2025

Im April 2025 erweiterte die Staatsduma die Möglichkeiten für Abwesenheitsverfahren auf 20 weitere Straftatbestände u. a. Öffentliche Aufrufe zu Terrorismus (Art. 205.2), Aufrufe zu extremistischer Tätigkeit, Aufrufe zu Massenunruhen, Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität Russlands, Aufrufe zur Entfesselung eines Angriffskrieges, Verbreitung von »Fakes« über die Streitkräfte (Art. 207.3), Diskreditierung der Streitkräfte (Art. 280.3), Rehabilitierung des Nationalsozialismus, Zerstörung/Beschädigung von Kriegsgräbern und Denkmälern (Art. 243.4), Umgehung der Pflichten als »ausländischer Agent« (Art. 330.1), Teilnahme an/Finanzierung von »unerwünschten Organisationen« (Art. 284.1), Anstachelung zu Hass und Feindschaft (Art. 282), Unterstützung von Entscheidungen internationaler Organisationen gegen Russland (Art. 284.3).

Am 18.12.2025 nahm die Staatsduma in erster Lesung einen Gesetzentwurf über »zeitweilige beschränkende Maßnahmen« an. Die Maßnahmen sollen gelten für in Abwesenheit verurteilte Personen oder solche, die in Abwesenheit eine Verwaltungsstrafe erhalten haben, und die Annahme durch einen Aufenthalt im Ausland vermeiden. Der Entwurf sieht u. a. vor, betroffenen Personen in Russland den Zugriff auf Bankkonten und Wertpapiere zu beschneiden, den Verkauf von Immobilien und Fahrzeugen stark einzuschränken sowie notarielle und konsularische Dienstleistungen – einschließlich der Ausstellung von Reisepässen – zu blockieren; ihr Vermögen kann eingefroren und über Spezialkonten kontrolliert werden. Für betroffene im Ausland lebende verurteilte Regimegegner kommt dies einem faktischen Entzug der Staatsangehörigkeit gleich, sobald ihr Reisepass abläuft. Die Anwendung der oben genannten Straftatbestände und Schnellverfahren haben in Russland in den letzten Jahren stark zugenommen. Ebenso wie die Verabschiedung von Gesetzen.

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen in Abu Dhabi im Februar 2026

In Abu Dhabi begann am 04.02.2026 eine weitere Runde direkter Verhandlungen zwischen einer russischen und ukrainischen Delegation unter Vermittlung US-amerikanischer Vertreter. Gegenstand der Gespräche waren ein mögliches Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, territoriale Fragen als auch humanitäre Maßnahmen. Im Ergebnis wurde eine Einigung auf einen Gefangenenaustausch erzielt, der am 05.02.2026 im direkten Anschluss an das Verhandlungsende umgesetzt wurde.

Im Folgenden sind Reaktionen auf die Ereignisse um die Verhandlungen in Form von Zitaten nachgezeichnet sowie eine Vorstellung der beteiligten Personen und ihrer Verhandlungsführung.

Kommentare zum Ausgang der Verhandlungsrunde

Inoffizielle Übersetzungen ins Deutsche durch die Redaktion der Russland-Analysen

US-Finanzminister Scott Bessent bei der Anhörung des Bankenausschusses des Senats, 05.02.2026

»Ich werde Sanktionen gegen Russlands Schattenflotte in Erwägung ziehen. Wir werden sehen, wie die Friedensgespräche verlaufen.«

Zitiert nach Reuters <https://www.reuters.com/world/treasury-bessent-says-further-russian-sanctions-depend-peace-talks-2026-02-05/>

Steve Witkoff, Sondergesandter des US-Präsidenten für Friedensmissionen, 05.02.2026

»Die Vereinigten Staaten und Russland vereinbarten außerdem die Einrichtung eines militärischen Dialogs unter der Leitung von General Alexis Grynkeiwich, dem Befehlshaber des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten. Dieser Kommunikationskanal war vor Ausbruch des Konflikts unterbrochen und ist von entscheidender Bedeutung für die Erreichung und Aufrechterhaltung des Friedens.«

Via X <https://x.com/SEPeaceMissions/status/2019463618857754744>

Rustam Umerow, Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, 05.02.2026 – wortgleich auch Steve Witkoff

»Kommuniqué zum Ergebnis der trilateralen Friedensgespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Arabischen Emirate

Am 4. und 5. Februar führten Delegationen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Ukraine und der Russischen Föderation in Abu Dhabi ihre zweiten trilateralen Gespräche, um die Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine voranzutreiben. Die Gespräche verliefen konstruktiv und konzentrierten sich auf die Schaffung der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden. Die Delegationen erzielten eine Einigung über die gegenseitige Freilassung von 157 Kriegsgefangenen durch die Russische Föderation und die Ukraine – den ersten Gefangenenaustausch seit fünf Monaten.

Im Laufe von zwei Tagen erörterten die Delegationen ausführlich die verbleibenden offenen Fragen, darunter Methoden zur Umsetzung des Waffenstillstands und zur Überwachung der Einstellung der Kampfhandlungen. Die Delegationen vereinbarten, ihre jeweiligen Hauptstädte zu unterrichten und die trilateralen Gespräche in den kommenden Wochen fortzusetzen. Sie dankten den Vereinigten Arabischen Emiraten für die Ausrichtung der Gespräche. Die Ukraine dankt Präsident Donald Trump für sein Engagement bei den Bemühungen zur Beendigung des Krieges.«

Via Telegram https://t.me/umerov_rustem, via X <https://x.com/SEPeaceMissions/status/2019463618857754744>

Statement des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten, 05.02.2026

»Der Dialog zwischen den Streitkräften ist ein wichtiger Faktor für globale Stabilität und Frieden, die nur durch Stärke erreicht werden können. Er bietet zudem die Möglichkeit für mehr Transparenz und Deeskalation.

Dieser Kanal wird einen kontinuierlichen militärischen Kontakt gewährleisten, während die Parteien weiterhin auf einen dauerhaften Frieden hinarbeiten.

General Grynkeiwich ist in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa befugt, den militärischen Dialog mit dem Chef des Generalstabs der Russischen Föderation, General Waleri Gerassimow, aufrechtzuerhalten, um Fehlkalkulationen zu vermeiden und eine unbeabsichtigte Eskalation auf beiden Seiten zu verhindern.« <https://www.eucom.mil/pressrelease/44261/the-us-and-russian-federation-agreed-to-reestablish-high-level-military-to-military-dialog>

Kirill Dmitrijew, Sonderbeauftragter des Präsidenten für außenwirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen und Geschäftsführer des staatlichen Direktinvestitionsfonds zu TV-Journalisten, 05.02.2026

»Gemeinsam mit der Trump-Administration arbeiten wir aktiv an der Wiederherstellung der russisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen, unter anderem im Rahmen der Russisch-Amerikanischen Wirtschaftskooperationsgruppe. Wir haben uns heute getroffen, und die Gespräche verlaufen positiv.«

[Angesprochen auf die Friedensgespräche mit der Ukraine:]

»Kriegstreiber aus Europa und Großbritannien versuchten ständig diesen Prozess zu stören und sich einzumischen«. »Je mehr solcher Versuche es gibt, desto deutlicher wird der Fortschritt.« »Es ist schwer für sie [den Prozess zu stören], aber sie bemühen sich.«

Via RIA <https://riamediabank.ru/media/9099228.html> und bei Interfax <https://www.interfax.ru/russia/1071197>

(Zum Ende der Verhandlungen betonte die russische Seite in Kommentaren von Kirill Dmitrijew, Igor Kostjukow oder dem Sprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskow den konstruktiven Charakter der Gespräche und deren Fortschritt.)

US-Außenminister Marco Rubio, 04.02.2026

»Zum ersten Mal seit langer Zeit treffen sich technische Militärteams aus der Ukraine und Russland in einem Forum, an dem auch wir beteiligt sein werden [...] Fortschritte werden wahrscheinlich nicht bekannt werden, auch nicht durch Indiskretionen, bis wir wirklich einen Durchbruch erzielt haben. Unser Ziel ist es, engagiert zu bleiben.«

Via X <https://x.com/StateDept/status/2019086280487821756?s=20>

Militärexperte Nico Lange, 05.02.2026 zu den Verhandlungen in Abu Dhabi

»Bei den Gesprächen [...] ist auffällig, dass auf beiden Seiten [...] jetzt Militärs [...] das Wort führen und das macht die Gespräche anders [...], sondern es sind sehr pragmatische, praktische Gespräche. Die reden da über [...] komplizierte Detailfragen, die müssen auch geklärt werden. Das löst aber die offenen politischen Fragen [...] nicht. Das kann man [...] von diesen Gesprächen auch nicht erwarten.«

»Ich glaube, dass die USA Putin nicht unter Druck setzen wollen. [...] Dann werden diese ganzen Theaterstücke aufgeführt, mit Gipfeln und Treffen [...] Es ist schon dann auch ein gehöriger Teil dieser Verhandlungen, dass keiner sich zum Gegner von Trump machen will. [...] Das löst nur in der Sache das Problem nicht. [...] Im Schatten dieser angeblichen diplomatischen Bemühungen intensiviert Putin den Krieg. [...] Putin ist entschlossen, diesen Krieg fortzuführen, weil er glaubt, dass er politisch mit Hilfe der USA jetzt Dinge erreichen könnte, die er militärisch nicht geschafft hat.«

Bei ZDFheute live <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/diplomatie-waffenruhe-abu-dhabi-ukraine-krieg-russland-100.html>

Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj bei einem Pressegespräch, 07.02.2026

»Der [ukrainische] Geheimdienst hat mir das sogenannte ›Dmitrijew-Paket‹ gezeigt, das er [der russische Verhandlungsführer Dmitrijew] in den USA [beim Treffen mit Steve Witkoff in Florida am 30.1.2026] präsentiert hat – dort geht es um einen Betrag von etwa 12 Billionen Dollar. Es handelt sich dabei um ein Maßnahmenpaket zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland. Das heißt, wir erfahren, dass solche oder ähnliche bilaterale Absprachen zwischen Amerika und Russland wahrscheinlich sind.«

»Wir zeigen deutlich, dass die Ukraine solche Vereinbarungen der Parteien über uns ohne uns nicht unterstützen wird.«

Zitiert nach Ukrinform, <https://www.ukrinform.ua/rubric-polytics/4088749-zelenskij-rozpoviv-so-ssa-ta-rosia-mozut-pidpisati-paket-ekonomichnih-dokumentiv-na-12-triljoniv.html>

Phillips P. O'Brien, Professor of Strategic Studies, Universität St. Andrews, 08.02.2026

»Die Tatsache, dass die Ukrainer öffentlich zugeben, dass sie wissen, dass Trump und Putin kurz davor stehen, eine Vereinbarung über die Ukraine ohne ukrainische Beteiligung zu treffen, zeigt, wie besorgt sie sind. Sie geben vor, dass sie den USA vertrauen, und suchen Hilfe für die bevorstehenden Gespräche. Und die Hilfe, die sie wollen, kommt aus Europa. Zelensky hat in seiner Abendansprache gestern Abend deutlich gemacht, dass die Ukrainer wollen, dass die Europäer eine wichtige Rolle in den bevorstehenden Verhandlungen spielen.«

Via Substack https://phillipspobrien.substack.com/p/weekend-update-171-the-week-trump?utm_source=substack&publication_id=1176440&post_id=187181424

Kommentare zur Feuerpause zwischen Russland und der Ukraine

Inoffizielle Übersetzungen ins Deutsche durch die Redaktion der Russland-Analysen

US-Präsident Donald Trump am Donnerstag den 29.01.2026 zu Journalisten bei einer Kabinettssitzung

»Ich habe Präsident Putin persönlich gebeten, eine Woche lang nicht auf Kiew und die umliegenden Städte und Gemeinden zu schießen, und er hat zugestimmt.« »Viele Leute sagten: Spar dir den Anruf. Das wird sowieso nichts bringen [...] Und er hat es getan. Und wir sind sehr froh darüber.«

Mitschnitt bei AFP auf YouTube https://www.youtube.com/watch?v=q8RVeXFnk_8

Dmitrij Peskow, Sprecher des Präsidenten Wladimir Putin, zu Journalisten bei einem Pressebriefing, 30.01.2026

»Präsident Trump hat Präsident Putin persönlich gebeten, eine Woche lang, bis zum 1. Februar, von einem Angriff auf Kiew abzusehen, um günstige Bedingungen für Verhandlungen zu schaffen. Russland hat dem zugestimmt.«

Bei Meduza <https://meduza.io/news/2026/01/30/kreml-tramp-poprosil-putina-ne-nanosit-udary-po-kievu-do-1-fevralya>

Präsident Wolodymyr Selenskij, 02.02.2026

Im Laufe des vergangenen Tages gab es neue russische Angriffe auf Energieanlagen in Grenzgebieten und an der Front, jedoch keine gezielten Angriffe russischer Raketen oder russischer Kämpfer auf die Energieinfrastruktur. Die russische Armee konzentriert sich wie schon in den vergangenen Tagen auf Angriffe gegen unsere Logistik, vor allem auf die Eisenbahn. Insbesondere in der Region Dnipro und in Saporischschja gab es Angriffe – gezielt auf Eisenbahnanlagen. Via Telegramm https://t.me/V_Zelenskiy_official/17822

Präsident Wolodymyr Selenskij, 03.02.2026

»Es gab einen weiteren gezielten Angriff auf Energieanlagen: Die Russen setzten eine beträchtliche Anzahl ballistischer Raketen in Kombination mit anderen Raketen ein – mehr als 70 – sowie 450 Kampfdrohnen. Die Regionen Sumy, Charkiw, Kiew und die Hauptstadt, Dnipropetrowsk, Odessa und Winnyzja wurden getroffen. [...]

Russland scheint es wichtiger zu sein, die kältesten Wintertage auszunutzen, um die Bevölkerung zu terrorisieren, als auf Diplomatie zu setzen. [...] Ohne Druck auf Russland wird dieser Krieg nicht enden. Moskau setzt nun auf Terror und Eskalation, weshalb maximaler Druck notwendig ist.«

Via Telegramm https://t.me/V_Zelenskiy_official/17837

Präsident Wolodymyr Selenskij in einer Stellungnahme bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem NATO-Generalsekretär Mark Rutte, 03.02.2026

»Es gab eine Bitte des US-Präsidenten, während der Treffen unserer Verhandlungsteams auf Angriffe auf Energieanlagen und kritische Infrastruktur zu verzichten – das wissen Sie. Der US-Präsident sagte, die Angriffe sollten für eine Woche ausgesetzt werden. [...] In der Praxis begann dies in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, und gestern Abend haben die Russen, unserer Ansicht nach, ihr Versprechen gebrochen. Entweder glaubt Russland nun, eine Woche sei weniger als vier statt sieben Tage, oder sie setzen tatsächlich nur auf Krieg und haben einfach die kältesten Tage dieses Winters abgewartet, wenn die Temperaturen in weiten Teilen der Ukraine unter –20 °C fallen.

Heute hat Russland einen Rekordangriff durchgeführt – zweifellos einen verheerenden –, was den Einsatz ballistischer Raketen betrifft. Einen Rekord der schlimmsten Art [...] Es handelte sich um 28 Marschflugkörper sowie weitere 43 Raketen verschiedener Typen, die ihre Ziele auf einer ballistischen Flugbahn anfliegen und nur von Patriot-Systemen abgefangen werden können.

Russlands Handeln offenbart stets seine Absichten. Wir sind überzeugt, dass dieser russische Angriff die mit den USA getroffenen Vereinbarungen eklatant verletzt und dafür Konsequenzen haben muss. Jeder kann die Wetterlage beobachten – wir erleben gerade die härtesten und schwierigsten Tage des Winters – und Angriffe auf die Infrastruktur, insbesondere auf unser Energiesystem, mit dem Ziel, die Bevölkerung von Strom und Wärme abzuschneiden und Stromausfälle zu verursachen, spiegeln Russlands wahre Haltung wider.

Wir werden in dieser Angelegenheit weiterhin mit den USA in Kontakt bleiben, und ich erwarte von unseren Partnern, dass sie zu den Geschehnissen nicht schweigen. [...] Und ich bin Mark für seine wertvolle Unterstützung in diesem Bestreben sehr dankbar.

Webseite des Präsidenten der Ukraine <https://www.president.gov.ua/en/news/zayava-prezidenta-ukrayini-pid-chas-spilnogo-z-generalnim-se-102693>

US-Präsident Donald Trump zu Journalisten im Oval Office, 03.02.2026

»Er hat Wort gehalten. Es war – es ist eine Menge, wissen Sie, eine Woche. Wir nehmen alles, was geht, denn es ist wirklich sehr, sehr kalt dort drüben, aber es war am Sonntag, und es ging von Sonntag bis Sonntag.« »Ich habe mit ihm gesprochen. Ich möchte, dass er den Krieg beendet.«

Mitschnitt https://www.youtube.com/watch?v=EPM-Y_q1Xeo

Kremlsprecher Dmitrij Peskow zu Journalisten, 04.02.2026

»Russland setzt seine Spezialoperation fort. Die Tür zu einer friedlichen Lösung ist offen, Russland bleibt offen. Doch solange entsprechende Entscheidungen nicht vom Kiewer Regime getroffen werden, wird die Spezialoperation fortgesetzt.«

Via TASS <https://tass.ru/politika/26343187>

Phillips P. O'Brien, Professor of Strategic Studies, Universität St. Andrews, 08.02.2026

»Putin sammelte lediglich Waffen für den größten Doppelschlag des Krieges, und Trump sprach davon, als handele es sich um eine humanitäre Geste. Und Trump log schamlos. Er wiederholte diese Lüge am Montag dieser Woche (wenige Stunden vor dem ersten Angriff) und tat so, als sei Putins humanitäre Waffenruhe noch in Kraft.«

Via Substack https://phillipsobrien.substack.com/p/weekend-update-171-the-week-trump?utm_source=substack&publication_id=1176440&post_id=187181424

Die wichtigsten Verhandlungsführer im Kurzportrait**Russland**

Igor Kostjukow, Leiter der Hauptverwaltung des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation (GRU)

Igor Olegowitsch Kostjukow wurde am 21. Februar 1961 in der Siedlung Seryschewo im Gebiet Amur geboren. Er absolvierte eine Ausbildung an einer Marinehochschule sowie an der Militärdiplomatischen Akademie des russischen Verteidigungsministeriums. Seine Karriere ist eng mit der militärischen Aufklärung verbunden. So diente er unter anderem als Militärattaché in Griechenland (2004). Nach dem Tod seines Vorgängers Igor Korobow übernahm er im Dezember 2018 offiziell die Leitung der Hauptverwaltung des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, die auch als GRU bekannt ist. Kostjukow ist der erste Marineoffizier an der Spitze dieses Geheimdienstes und trägt seit 2019 den Rang eines Admirals. Für seine Beteiligung an der Leitung der Militäroperation in Syrien wurde ihm im Jahr 2017 der Titel »Held der Russischen Föderation« verliehen. Aufgrund verschiedener Vorwürfe, darunter die Einmischung in US-Wahlen, Cyberangriffe auf den Bundestag und die Vergiftung von Sergej Skripal, steht er auf den Sanktionslisten der USA, der EU und weiterer westlicher Staaten.

Kostjukow wird bei den Verhandlungen in Abu Dhabi als »Gesicht der russischen Diplomatie« beschrieben, obwohl er der Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Sein Auftreten gilt als lakonisch. Auf die Frage nach dem Verlauf der Gespräche antwortete er kurz angebunden, sie seien »konstruktiv« gewesen, und fügte hinzu: »Alle verstehen alles.« Seine Haltung gegenüber der Ukraine scheint von demonstrativem Selbstbewusstsein geprägt zu sein. So äußerte er sich, angesprochen auf die Bereitschaft der Delegation zu einem Treffen, im Januar 2026 gegenüber Journalisten: »Die Ukrainer sind traurig gestimmt ... Wir gut.« Politisch gilt er als Hardliner, der die USA und ihre Verbündeten offen als geopolitische Rivalen und potenzielle militärische Gegner bezeichnet hat, die ihre Hegemonialstellung mit allen Mitteln verteidigen wollten. Analysten werten die Übergabe der Verhandlungsleitung an Militärspezialisten wie Kostjukow als Zeichen dafür, dass nun konkrete Fragen der Demarkation und des Kampfgeschehens von Fachleuten besprochen werden, statt sich auf rein politische Rhetorik und historische Lektionen zu beschränken.

Kirill Dmitrijew, Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für Investitions- und Wirtschaftszusammenarbeit

Kirill Alexandrowitsch Dmitrijew wurde 1975 in Kyjiw (damals UdSSR, heute Ukraine) als Sohn von Wissenschaftlern geboren. In den 1990er Jahren zog er in die USA, wo er zunächst am Foothill College studierte und später einen Bachelor an der Stanford University sowie einen MBA mit Auszeichnung an der Harvard Business School absolvierte. Seine berufliche Laufbahn begann er im US-Investmentbanking bei Goldman Sachs und bei der Beratungsfirma McKinsey & Company, bevor er nach Moskau zurückkehrte. Nach leitenden Positionen bei den Private-Equity-Fonds Delta Private Equity und Icon Private Equity wurde er im Jahr 2011 zum CEO des neu gegründeten Russian Direct Investment Fund (RDIF) ernannt. Dmitrijew verfügt über enge persönliche Verbindungen zur russischen Machtelite und zu Wladimir Putin: Seine Ehefrau Natalja Popowa ist die Stellvertreterin von Katerina Tichonowa, der mutmaßlichen jüngeren Tochter Putins, in deren Stiftung »Innopraktika«.

Dmitrijew fungiert als zentraler »Backchannel« zwischen dem Kreml und westlichen Gesprächspartnern, insbesondere im Umfeld von Donald Trump. Im Februar 2025 wurde er offiziell zum Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für Investitions- und Wirtschaftszusammenarbeit ernannt. Er ist maßgeblich an der Ausarbeitung neuer Friedensvorschläge beteiligt und hat an hochrangigen Verhandlungen in Riad und Washington teilgenommen, bei denen er unter anderem mit Trumps Gesandten Steve Witkoff und Jared Kushner zusammentraf. Neben politischen Fragen umfasst sein Mandat auch wirtschaftliche Aspekte wie die Wiederherstellung von Geschäftsbeziehungen, die Zusammenarbeit in der Arktis und den Handel mit seltenen Erden. Zudem war er in humanitäre Angelegenheiten wie den Gefangenenaustausch von Mark Fogel involviert.

Verhandlungsführung der russischen Seite

Derzeit (Stand: Februar 2026) leitet Igor Kostjukow die russische Delegation bei den trilateralen Verhandlungen mit der Ukraine und den USA in Abu Dhabi. Er löste in dieser Funktion den Präsidentenberater Wladimir Medinskij ab, der die Delegation seit den Istanbuler Verhandlungen 2022 bis Mai 2025 angeführt hatte. Die Zusammensetzung der russischen Delegation mit hochrangigen Vertretern des Militärgeheimdienstes und des Verteidigungsministeriums deutet darauf hin, dass der Fokus der Gespräche primär auf militärischen Aspekten liegt, beispielsweise auf der aktuellen Lage an der Front, dem Rückzug von Truppen und Technik sowie Sicherheitsgarantien. Seit den Gesprächen im Mai 2025 ist Kostjukows Stellvertreter General Alexander Sorin, der als erfahrener militärischer Unterhändler aus dem Syrien-Konflikt gilt und im Mai 2022 die Kapitulation der ukrainischen Truppen in Asowstal in Mariupol verhandelt hatte.

Dmitrijew wird als pragmatischer und geschäftsorientierter Verhandler beschrieben, der eher wie ein Investmentbanker als wie ein klassischer Diplomat agiert (»Straight-to-Business«). Laut Analysten versteht er die Denkweise der »Trump-Amerikaner«, die auf Deals und Profite fokussiert sind, besonders gut. Europäische Akteure sieht er hingegen kritisch und spöttisch. So bezeichnete er im Dezember 2025 die Skepsis des deutschen Kanzlerkandidaten Friedrich Merz gegenüber dem US-Friedensplan öffentlich als »dickköpfige Dummheit« und sprach ihm jegliche Relevanz ab (»Sie sind nicht einmal im Spiel«). Er positioniert sich als effektiver Technokrat, der direkte Kanäle nutzt, um politische Blockaden durch wirtschaftliche Anreize zu lösen.

Ukraine

Kyrylo Budanow, Leiter des Präsidialamts

Kyrylo Budanow (geb. 1986 in Kyjiw, militärische Ausbildung am Odesa Institut für Heerwesen) kämpfte bereits ab 2014 im Krieg gegen Russland und wurde mehrfach verwundet. Seit 2020 leitete er den ukrainischen Militärgeheimdienst (HUR) und gilt als einer der wichtigsten Sicherheitsakteure des Landes. Unter seiner Führung gelangen dem HUR immer wieder spektakuläre Aktionen gegen Russland, weshalb er nicht nur in militärischen Kreisen geschätzt wird, sondern auch in der ukrainischen Öffentlichkeit als integriertes Symbol des Widerstands gesehen wird. In Russland besteht seit 2023 ein Haftbefehl gegen ihn.

Budanow wurde Anfang 2026 von Präsident Wolodymyr Selenskyj zum neuen Leiter des Präsidialamts ernannt explizit mit dem Auftrag, den Friedensverhandlungen mit Russland einen neuen Impuls zu verleihen. Budanow bringt in seiner neuen Rolle als Chefunterhändler nicht nur militärische Expertise mit, sondern verfügt durch frühere Geisel- und Gefangenenaustausche auch über direkte Kontakte mit Russland und wird in Moskau als glaubwürdiger und sachkundiger Gesprächspartner auf Augenhöhe angesehen. Ein weiterer Grund, weshalb Selenskyj ihn eingesetzt haben dürfte, sind seine guten Kontakte zu sicherheitspolitischen Entscheidungsträger:innen in den USA; während seinem Vorgänger Andrij Jermak zuletzt nachgesagt wurde, dass er eher eine Belastung für die Beziehungen zwischen Kyjiw und Washington sei.

Rustem Umjerow, Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine

Rustem Umjerow (geb. 1982 in Bulung'ur, Usbekistan) ist ein ukrainischer Politiker krimtatarischer Herkunft, der von 2023 – 2025 Verteidigungsminister der Ukraine war und seit Juli 2025 Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine ist. Er hat in den letzten Jahren als Mitglied ukrainischer Delegationen immer wieder mit Russland verhandelt, z. B. im Rahmen von Gefangenenaustauschen, und gilt vielen als pragmatischer und erfahrener Vermittler. In der Ukraine selbst gibt es hingegen regelmäßig Kritik an Umjerow, unter anderem an seinem Führungsstil und Missmanagement im Verteidigungsministerium.

Umjerow war Ende 2025 entscheidend an der Überarbeitung eines Friedensplans mit den USA beteiligt und gilt in Washington als einer der wichtigsten ukrainischen Ansprechpartner für die Friedensgespräche. Er sieht dabei seine Aufgabe darin, eine Friedenslösung zu finden ohne territoriale Zugeständnisse der Ukraine zu erreichen, wobei ihm bewusst ist, dass die territoriale Frage zu den komplexesten gehört.

Andrij Hnatow, Leiter des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine

Generalleutnant Andrij Hnatow (geb. 1980) hat seine militärische Ausbildung am Charkiwer Militärinstitut für Panzer absolviert. Er verfügt über mehr als 30 Jahre militärische Erfahrung und ist seit 2025 Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine. 2014 zählte Hnatow zu den ukrainischen Militärs auf der Krim, die sich loyal zur Ukraine verhielten und nicht zu Russland überliefen. 2022 war er an der Verteidigung von Mykolajiw und 2023 in der Schlacht um Bachmut beteiligt.

Hnatow ist in der Öffentlichkeit weniger bekannt als Budanow und Umjerow und soll in den Verhandlungen vor allem seine lange militärische Erfahrung einbringen. So weist er z. B. die russische Forderung nach einer Höchstgrenze bzw. der Reduzierung der ukrainischen Streitkräfte auf 800.000 Soldat:innen klar zurück.

Verhandlungsführung der ukrainischen Seite

Die Ukraine will Frieden, aber nicht zu jedem Preis – so könnte man die ukrainische Position zusammenfassen. Der ukrainischen Delegation und insbesondere Chefunterhändler Kyrylo Budanow ist dafür wichtig, dass die Ukraine aus einer »Position der Stärke« verhandelt. Das bedeutet, die Ukraine braucht verlässliche und robuste Sicherheitsgarantien der USA und Europas, da aus ukrainischer Sicht Verhandlungen mit Russland ohne eine starke Verteidigungsposition oder ohne wirksame militärische Unterstützung zum Scheitern verurteilt seien. Rustem Umjerow spielt in den Verhandlungen für die diplomatischen Beziehungen zu den USA eine wichtige Rolle, während Andrij Hnatow seine langjährige militärische Expertise einbringt – die es auch im neuen Verhandlungsteam auf der russischen Seite gibt. Ziel scheint die Klärung technischer und praktischer militärischer Details zu sein, die ein Waffenstillstandsabkommen und dessen Überwachung ermöglichen, in den Verhandlungen zu berücksichtigen. Der am 5. Februar 2026 ausgehandelte Gefangenenaustausch – der erste seit Monaten – soll dabei vermutlich beiden Seiten Vertrauen demonstrieren, das vor allem auf ukrainischer Seite nicht zuletzt durch die massiven russischen Luftschläge gegen die ukrainische Energieversorgung bei eisigen Temperaturen verloren gegangen war.

USA**Steve Witkoff, Sondergesandter des Präsidenten**

Steven Charles (Steve) Witkoff (geb. 1957 in New York) arbeitete nach seinem Studium als Anwalt für eine auf Immobilienrecht spezialisierte Kanzlei, bei der er seit 1986 auch für Donald Trump tätig wurde. In den 1990er Jahren wechselt Witkoff vom Anwaltsberuf ins Immobiliengeschäft. Mit seiner eigenen Firma ist er bis heute an prominenten Großimmobilien beteiligt. Seine Söhne wurden 2024 Mitgründer des Kryptowährungsunternehmens der Trump-Familie. Witkoff unterstützte Trumps Wahlkämpfe als Großspender und gilt als enger Vertrauter des Präsidenten. Seit Ende 2024 ist Witkoff Sondergesandter des Präsidenten für Verhandlungen im Nahen Osten und zwischen Russland und der Ukraine.

Jared Kushner, inoffizieller außenpolitischer Berater des Präsidenten

Jared Kushner (geb. 1981 in Livingston, New Jersey) studierte an den Universitäten Harvard und New York, jeweils nachdem sein Vater an die Universitäten einen Millionenbetrag gespendet hatte. Nachdem sein Vater wegen illegaler Wahlkampffinanzierung, Steuerhinterziehung und unerlaubter Zeugenbeeinflussung zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, übernahm er 2005 die Leitung seines Immobilienunternehmens, das prominente Großimmobilien betreibt. 2009 heiratete er Ivanka Trump und wurde damit zum Schwiegersohn von Donald Trump.

2015/16 war Kushner ein leitendes Mitglied des Wahlkampfteams von Donald Trump und fungierte ab 2017 als offizieller Chefberater des Präsidenten. Kushner geriet im Zuge der Ermittlungen zu Russlands Einmischung in den US-Wahlkampf in die Schlagzeilen, da gegen ihn wegen Kontakten mit Vertretern Russlands ermittelt wurde. Anklage wurde aber nicht erhoben. Bereits in Trumps erster Amtszeit betreute Kushner unter anderem die diplomatische Initiative der USA im Nahen Osten. 2025 kehrte er ohne offizielle Position als außenpolitischer Berater zurück, zuerst für die Verhandlungen im Nahen Osten, ab Dezember auch bei den Verhandlungen mit Russland und der Ukraine.

Verhandlungsführung der US-amerikanischen Seite

Bei der Einschätzung der US-Verhandlungsführung zum russischen Eroberungskrieg gegen die Ukraine werden regelmäßig drei zentrale Merkmale genannt. Erstens hat die Leitung des US Teams keine diplomatische Ausbildung. Zweitens fehlen den US-Repräsentanten Grundkenntnisse zum Konflikt. So werden zentrale Fakten zu Verhandlungspartnern, Kriegsverlauf oder Geographie der Ukraine immer wieder falsch wiedergegeben. Dies wird auch darauf zurückgeführt, dass Witkoff als Trumps »Allzweck-Sonderbotschafter« viele Konflikte parallel bearbeitet. Drittens hat das US-Team eine große Nähe zu Putin. So erklärte Witkoff, dass er »eine Freundschaft« zu Putin entwickelt habe.

Hinweis auf die Online-Chronik

Aktuelle Ereignisse zum Thema der Ausgabe können zusätzlich in der Chronik der Russland-Analysen nachverfolgt werden. Die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befindet sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und/oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>